Strickwolle u. Garne en gros
GEBR. BARENHOLZ-NORDHAUSEN
FILIALE: BERLIN, WEINMEISTERSTR. 14

Nummer 49

Berliner Börsen-Zeitung

Theaterbilletverkauf
Zentrum 15103
für sämtliche Bühnen

Abendausgabe · Preis 70.–Mk. 68. Jahrgang Dienstag, 30. Januar 1923.

Ein neuer Befehl an die Eisenbahner.

Gegenüber den Versuchen der Franzosen, deutsches Eisenbahnpersonal zu requirieren, ist an die Eisenbahner folgender Befehl des Reichsverkehrsministeriums ergangen:

Sämtlichen Beamten und Arbeitern der Reichsbahn wird ausdrücklich verboten, anderen Befehlen als denen der zuständigen deutschen Stellen Folge zu leisten.

*

An die Eisenbahner des neu- und altbesetzten Gebiets sind vom Reichsverkehrsministerium Richtlinien über das Verhalten gegenüber den Besatzungsbehörden gestern übermittelt worden. Danach sind **Kohlen-, Koks- und Brikettransporte sowie Transporte von im alt- und neubesetzten Gebiet geschlagenem Holz nach Frankreich und Belgien nicht zu befördern. Dies Verbot gilt auch für die englische Zone.**

Zu fahren sind dagegen Transporte, auf die die Besatzungstruppen nach dem Rheinlandabkommen Anspruch haben, Verpflegungszüge auch für das neubesetzte Gebiet (um Beschlagnahme von Lebensmitteln durch die Besatzungstruppen zu verhindern), Militärtransporte aller Art auf den in der englischen Zone belegenen Strecken.

Zusammenarbeiten mit französischen und belgischen Eisenbahnern ist verboten. Es ist ferner verboten, Züge von den militarisierten Strecken zu übernehmen oder zu übergeben. Die Telephon- und Telegraphenverbindung der Reichsbahn mit solchen Strecken ist zu unterbrechen. Die Errichtung von Gemeinschaftsbahnen ist unstatthaft. Als verbotene Zusammenarbeit gilt auch die Auskunftserteilung und die Zulassung fremder Eisenbahner in die Betriebsräume zur Orientierung. Wenn fremdes Personal Züge über von deutschem stationären Personal besetzten Strecken zu führen versuchen, so sind diese Züge **mit allen im ordnungsmäßigen Betrieb vorgesehenen Mitteln zum Halten zu bringen.** Weiterbeförderung solcher Züge ist zu verhindern. Oberster Grundsatz muß bleiben, den Betrieb möglichst lange in deutscher Hand zu behalten und für deutsche Zwecke nutzbar zu machen. Militarisierte Strecken sind eingehend zu beobachten und bei etwaiger Räumung sofort wieder in deutschen Betrieb zu nehmen.

Grußverbot für die Polizei.

Der preußische Minister des Innern hat an den Regierungspräsidenten in Münster die Anweisung gegeben, daß es in Anbetracht des völkerrechtswidrigen Vorgehens der Belgier und Franzosen den Beamten der Polizei wie der Landjägerei verboten wird, Offiziere und Fahnen fremder Heere zu grüßen.

Neue französische Gewaltakte.

Essen, 30. Januar.

Der Präsident Jahn der Reichsbahndirektion Essen und sein erster Vertreter, Oberbaurat Pusch, sind heute von den Franzosen abgeführt worden. Ob Verhaftung oder Ausweisung vorliegt, ist zur Stunde noch nicht bekannt.

Essen, 29. Januar.

Die Namen der heute nachmittag verhafteten Beamten sind: Postdirektor Schwammborn, Postdirektor Schellenberger, Obertelegraphensekretär Pfarr, Postsekretär Berger, Postsekretär Wehles, Postschaffner Blatzberg und ein Herr Wittich.

TU Duisburg, 29. Januar.

Der Oberbürgermeister von Duisburg Dr. Jarres, Mitglied des Staatsrates und Vorsitzender des rheinischen Provinzialausschusses, ist von der Besatzungsbehörde seines Amtes entsetzt und ausgewiesen worden, weil sein Verhalten die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährdet.

Ebenso wurde der Oberbürgermeister von Bochum ausgewiesen, weil er sich weigerte, eine Verordnung der Besatzungsbehörde weiterzugeben.

Dortmund, 29. Januar.

Außer dem Landrat von Mörs ist auch der Bürgermeister von Mörs Eckhardt seines Amtes enthoben worden.

Das Reichsbahndirektionsgebäude Ludwigshafen militärisch besetzt.

Mtb Ludwigshafen, 30. Januar.

Nachdem gestern die französischen Militärposten auf den größeren Bahnhöfen und sonstigen Eisenbahndienststellen der Pfalz auf die Vorstellungen der Reichsbahndirektion und der Personalvertreter wegen der Störungen und der Beunruhigung des Personals zurückgezogen worden waren, wurde heute vormittag zwischen 10 und 12 Uhr das Gebäude der Reichsbahndirektion Ludwigshafen von den Franzosen militärisch besetzt und der Eisenbahnpräsident Lienerich verhaftet. Die gesamte Beamtenschaft der Eisenbahndirektion sowie die Vertreter der pfälzischen Eisenbahnerverbände, die in dem Gebäude eine Sitzung abhielten, werden zurzeit festgehalten. An die Beamten wurde von den Franzosen die Forderung gestellt, sich binnen einer Stunde zu entscheiden, ob sie sich den Franzosen zur Verfügung stellen wollen oder nicht. Es ist damit zu rechnen, daß die pfälzischen Eisenbahner den gesamten Eisenbahnbetrieb in der Pfalz stillegen, wenn die französische Besatzungsbehörde auf ihrer Forderung verharrt.

Die Franzosen übernehmen die Ämter.

Mtb Kaiserslautern, 30. Januar.

Die Leitung des Hauptzollamts Kaiserslautern wurde laut „Pfälzischer Volkszeitung" von einem französischen Zollbeamten über-

Frankreichs Ruhrpläne.

Fünfjährige Besetzung?

EE Paris, 30. Januar.

Poincaré empfing gestern abend die Pariser Korrespondenten der amerikanischen Presse und erklärte ihnen ausdrücklich, daß, entgegen allen deutschen Behauptungen, Frankreich nicht die Absicht habe, das Ruhrgebiet zu annektieren, um dort die notwendigen Kohlen für die lothringische Industrie zu gewinnen. Aber die französische Armee würde die deutschen Gebiete solange besetzt halten, bis das Reich die Reparationen bezahlt hätte, wie dies der Versailler Vertrag fordere. Frankreich sei fest entschlossen, die Garantien nicht aufzugeben, die die französischen Truppen ergriffen haben, bevor die Zahlungen geleistet sind. Damit sei im voraus jedes auswärtige Manöver abgewehrt, das darauf hinauslaufen könnte, in das Reparationsproblem einzugreifen. Das Ruhrgebiet sei ein anderes Pfand, aber ein Pfand desselben Charakters wie die Rheinlande. Nach dem Kriege von 1870 habe Preußen seine Garnisonen solange in Frankreich gelassen, bis der letzte Centime der Entschädigungssumme bezahlt war. Das neue Pfand, das man beschlagnahmt habe, werde solange in Händen Frankreichs bleiben, bis Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt habe. Es könnten fünf Jahre vergehen, bis Deutschland genügend Beweise seines Ernstes gegeben haben werde und die Reparationen bezahlen wolle. Das Reich könnte das Ruhrgebiet aber früher befreien, wenn es seine Finanzsystem reorganisiere und eine feste Grundlage schaffe, um eine internationale Anleihe aufzunehmen, die zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich bestimmt wäre. Frankreich habe aber den einmütigen Willen, die Garantie im Ruhrgebiet vor der internationalen Anleihe nicht aufzugeben.

Poincaré schloß mit der Warnung vor der deutschen Propaganda, die behaupte, daß Frankreich beträchtliche Summen für die militärische Besetzung des Ruhrgebiets verausgabe, das sei vollkommen falsch. Frankreich habe nicht einen Soldaten mobilisiert; es bedient sich nur der Soldaten, die bereits unter den Fahnen stehen. Die Unterhaltskosten der Truppen im Ruhrgebiet sind kaum höher als in Frankreich; denn die Transportkosten für die Lebensmittel usw. seien nicht beträchtlich.

*

EE Paris, 30. Januar.

Pertinax schreibt heute im „Echo de Paris": Von dem Ruhrunternehmen erwarten wir zwei Resultate. Ein negatives, nämlich die Schwächung Deutschlands bezüglich seines Widerstandes gegen die Reparationen und hinsichtlich der Vorbereitung eines Revanchekrieges. Das zweite positive Resultat ist die Verwirklichung der Forderungen Frankreichs. Das negative Resultat bereitet den Weg zu positiven Resultaten vor. **Je mehr das Deutsche Reich seine Kräfte verliert, desto mehr kann man daran denken, daß seine Befehle im besetzten Gebiet von den Beamten nicht befolgt werden.** Natürlich werde ein solcher Umschwung in der Mentalität der Beamten nicht in einer Stunde oder nicht in einigen Tagen erfolgen; aber das bedeute den Alliierten nichts, die eine Aufgabe von mehreren Jahren zu erfüllen hätten. Die Entwicklung sei aber durch die Ausweisung der Beamten in günstigem Sinne vorbereitet. Wenn die Beamten, von Berlin abgetrennt, endlich glauben würden, daß Frankreich für lange Jahre unter ihnen weilen wolle und daß sie nicht mehr die Willkür (!) ihrer Vorgesetzten zu fürchten hätten, dann würden sie sich überzeugen, daß nicht einmal eine peinliche und knappe Lebensführung für sie und die übrige Bevölkerung notwendig wäre, wenn sie mit den Franzosen ein Einvernehmen träfen. . . .

Die Konferenz im Düsseldorfer „Stahlhof".

Beschlagnahme der Eisenbahnen?

EE Paris, 30. Januar.

Die gestrigen Besprechungen zwischen dem Minister für öffentliche Arbeiten Le Trocquer mit General Weygand, General Degoutte und dem Oberkommissar Tirard, dem Bergwerksinspektor Coste und Guilleaume sowie dem Finanzsachverständigen Tannery im Düsseldorfer „Stahlhof" dauerten, wie gemeldet wird, drei Stunden. Fünf Minuten lang habe ihnen auch der Kommandant der englischen Truppen General Godley beigewohnt. Die wichtigste Maßnahme, die erörtert wurde, war, dem Eisenbahnerstreik ein Ende zu machen. Es scheint entschieden worden zu sein, daß, nachdem nunmehr 3000 **französische und belgische Eisenbahner im Ruhrgebiet versammelt** sind, wenigstens die wichtigsten Linien wieder verkehren sollen. Den deutschen Eisenbahnern soll, beim „Petit Parisien" zufolge, der Befehl erteilt werden, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Falls sie sich weigern sollten, wörden sie durch französische und belgische Beamte ersetzt werden, oder, mit anderen Worten, die Alliierten dürften **die deutschen Eisenbahnen mit Beschlag belegen.**

Dem Düsseldorfer „Journal"-Korrespondenten zufolge wurden auch die Zwangsmaßnahmen erörtert, die gegen Deutschland wegen seiner allgemeinen Verfehlung ergriffen werden sollen. Es soll auch über die Verteilung der Zollbeamten gesprochen worden sein, die an den Grenzen des Ruhrgebietes ihre Tätigkeit verrichten sollen. Sobald der Befehl vom Paris aus ergehen wird, sollen die Zollschranken sofort in Wirksamkeit treten.

Le Troquer und Weygand in Brüssel.

EE Brüssel, 30. Januar.

Le Troquer und General Weygand trafen gestern abend um 6 Uhr auf dem hiesigen Nordbahnhof ein und wurden von einem Vertreter des Außenministers Jaspar empfangen. Heute werden sie eine Besprechung mit Ministerpräsident Theunis und Jaspar über die Lage im Ruhrgebiet haben.

---

nommen, nachdem der bisherige Vorstand den Vollzug der französischen Anordnungen verweigert hatte. Oberzollamtmann Kost befindet sich auf freiem Fuße.

Essen, 29. Januar.

Zum Aufsichtsbeamten für den gesamten Postbetrieb im Ruhrgebiet wurde der französische Beamte Brally ernannt. Als Sanktion für die deutsche Ablehnung, den Franzosen Telephonverbindungen herzustellen, ließ er den gesamten Betrieb auf eine Stunde unterbrechen mit der Bestimmung, daß bei jeder nachfolgenden Dienstverweigerung die Strafe erhöht werden würde.

Minister von Rosenberg über die Ruhraktion.

TU Basel, 29. Januar.

Der Berliner Korrespondent der „Basler Nachrichten" hatte eine Unterredung mit dem Außenminister Dr. von Rosenberg, der ihm zum Standpunkt Deutschlands zur Ruhrbesetzung u. a. folgendes erklärte: Nach Frankreich ist bis zum 1. Januar, dem Tage des Einmarsches, täglich für rund 430 000 Goldmark Kohle und für rund 30 000 Goldmark Holz geliefert worden, nach dem Einmarsch war anfänglich unter schwerstem Eingreifen in das Privateigentum täglich rund 8000 Goldmark Kohlenwerte, zurzeit aber gar keine Kohle mehr und ebensowenig Holz. Dafür entstehen Frankreich, wenn man die Besatzungsstärke, gewiß zu niedrig, mit 50 000 Mann ansetzt, an Mehrkosten für die Verwendung seiner Truppen im Ruhrgebiet ¼ Milliarden Goldmark täglich, dazu die Wirkungen der Ruhraktion auf die französische Volkswirtschaft. Unter dem Druck der Bajonette wird aber der deutsche Arbeiter keine Kohle fördern. Wenn man glaubt, uns durch einen inneren Krieg von Verurteilungen, Ausweisungen, Beschlagnahmen mürbe zu machen, so täuscht man sich. Das Bewußtsein, daß das Recht auf die Dauer durch Gewalt sich nicht beugen läßt, bestimmt unsere Politik. Bei der Abwehr des Ruhrabenteuers handelt es sich bei uns weder um eine Prestigefrage noch um eine Spekulation. Wir wollen nur das Beste verteidigen, was uns nach dem Diktat über Oberschlesien in wirtschaftlicher Konkurrenz und wirtschaftlichen Zukunftsmöglichkeiten geblieben ist.

Deutschlands Entschlossenheit.

London, 30. Januar.

Der Berliner Berichterstatter des „Daily Chronicle" schreibt, Deutschland warte in Ruhe darauf, daß die Franzosen ihren zweiten Zug beginnen. Neutrale und andere Diplomaten, die in engster Fühlung mit den Mitgliedern des Kabinetts stünden, seien überzeugt, daß die deutsche Regierung beabsichtige, ihre Politik des passiven Widerstandes fortzusetzen, und keinerlei mögliche Verhandlungswege erkunden werde.

*

London, 30. Januar.

Dem Pariser Berichterstatter des „Daily Chronicle" zufolge beginnt die französische Regierung einzusehen, daß sie im Ruhrgebiet einen Fehler begangen habe. Sie würde gern Verhandlungen mit Berlin einleiten, um von neuem das gesamte Reparationsproblem zu erörtern, unter der Voraussetzung, daß Deutschland den ersten Schritt tue, um einen wirtschaftlichen Frieden zustande zu bringen, und zweitens, daß Deutschland unzweideutig seine Absicht bekunde, seine im Versailler Vertrag niedergelegten Verpflichtungen zu achten und zu erfüllen. Der Berichterstatter führt weiter aus, es werde in Paris vollauf anerkannt, daß im Augenblick zahlreiche Schwierigkeiten der gesuchten Annäherung im Wege lägen, man sei jedoch der Ansicht, daß mit Zeit und Geduld diese Schwierigkeiten überbrückt werden könnten. Mit anderen Worten, Frankreich sei jetzt bereit, zu hören, was Deutschland zu sagen habe, und wünsche zu erfahren, ob Deutschland „Sabotage und andere Methoden passiven Widerstandes" aufgeben und einer Konferenz in der Reparationsfrage zustimmen werde. Man sei in Paris der Ansicht, daß dies ein „sicheres Mittel sein würde, um die Welt von der Ehrlichkeit Deutschlands und seiner aufrichtigen Absicht zu überzeugen, seinen Anteil an den Vertragsschulden zu zahlen".

Schwere Störungen des französischen Wirtschaftslebens.

Mtb. Paris, 30. Januar.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich die wirtschaftlichen Wirkungen des Ruhrabenteuers für Frankreich jetzt in immer steigenderem Maße bemerkbar machen. Allein in Elsaß-Lothringen sind in der abgelaufenen Woche 18 Hochöfen stillgelegt worden. Weitere sehr empfindliche Betriebseinschränkungen sind in den größeren Werken des östlichen Departements und an der luxemburgischen Grenze vorgenommen worden. Reuterdings liegen auch aus Südfrankreich Meldungen über Kohlenmangel vor. Nach der „Oeuvre" hat eine ganze Reihe von Eisenbahngesellschaften, darunter auch die Staatsbahn, sehr beträchtliche Kohlenbestellungen in England gemacht. Nach dem „Echo National" macht sich auch auf den französischen Bahnstrecken der Mangel an Personal und an rollendem Material bemerkbar, das in großen Mengen nach dem [illegible] soll.

Notschrei aus dem Elsaß.

Von

K. Jung-Rappoldsweiler (Elsaß).

Wenn sich der Weinbau des Elsaß schon vor 1870 in nichts weniger als guter Verfassung befand, so hat er nach der Rückkehr unseres Landes zu Frankreich ungefähr wieder denselben Tiefstand erreicht. Zwischen dem Frankfurter Frieden und dem sogenannten Vertrag von Versailles liegt eine glückliche Epoche des elsässischen Weinbaues. Diese war darauf gegründet, daß nunmehr den Winzern die freie Absatzmöglichkeit für ihre Produkte gesichert war. Die Wendung 1870 riß nicht nur die starke Schutzzollschranke nieder, die den elsässischen Produzenten von Deutschland trennte, sondern sie erlöste gleichzeitig den Winzer von der drückenden Last der Konkurrenz Südfrankreichs. Der Export elsässischer Weine erreichte schon 1873 rund 135 000 Hektoliter und 1875 gar 168 000 Hektoliter. Diesem gesteigerten Absatz nach Deutschland ging parallel eine Preissteigerung von 30 bis 50 Prozent und in denselben 5 Jahren eine Ausdehnung der Anbaufläche um 10 Prozent. Wenn unser Weinbau um das Jahr 1910 eine ernste Krise zu überstehen hatte, so lag deren Ursache in den Wirrenten, wie man sie vorher nie erlebt hatte. In den Jahren vor dem Krieg war das Interesse Deutschlands, besonders Süddeutschlands, für die elsässischen Weine in stetigem Steigen begriffen und die Ausfuhr nahm ständig zu. Weinfälschung und Kunstweinbereitung wurden durch eine strenge Gesetzgebung erfolgreich bekämpft, und vor allen Dingen wurde gegen die Reblkrankheiten erfolgreich vorgegangen, besonders gegen die Reblaus. So schien bei Kriegsausbruch die schwerste Zeit des elsässischen Winzergewerbes überwunden zu sein. Die Russischen des Weinbaus waren erfreulich wie nie seit Einbruch der französischen Konkurrenz.

Denn kam mit dem Kriegsende unser erneuter politischer Anschluß an Frankreich und damit die schwerste Gefährdung unseres Weinbaus. Wohl haben die Väter des Versailler Vertrages in richtiger Voraussicht der unausbleiblichen Krisis Deutschland die Verpflichtung auferlegt, fünf Jahre lang unseren elsässischen Wein zollfrei aufzunehmen. Aber die französische Gewaltpolitik hat bekanntlich die wirtschaftliche Zerrüttung Deutschlands heraufbeschworen und jeglicher Absatz unserer Weine nach Deutschland ist bei dem jetzigen trostlosen Zustand der deutschen Währung unmöglich. Absatz nach dem inneren Frankreich ist bei der allgemeinen Abneigung der Franzosen unseren Produkten gegenüber, weiter aber auch bei seinem eigenen Reichtum an Qualitätsweinen ausgeschlossen. Ja, wir erleben die verhängnisvolle Tatsache, daß der südfranzösische Wein, wieder wie vor 1870, unter Ausnutzung aller Verkehrswege, gerade unsere Hauptverbrauchsgebiete überschwemmt. Seine niedrigen Preise drücken die unserer Gewächse derart, daß der elsässische Winzer in diesem billigen (und minderwertigen) Wein seinen Todfeind sehen muß. Seit Menschengedenken war die Weinernte unseres Landes nicht so reichlich wie im vergangenen Jahre. Die Winzer vermochten vielerorts die Ernte gar nicht zu bergen. Und trotz dieses Segens herrscht heute durch das ganze elsässische Rebland tiefste Niedergeschlagenheit, da der Handel vollkommen stillsteht. Wo doch kleine Umsätze stattfinden, werden dabei Erlöse erzielt, die bei weitem nicht die Selbstkosten der Winzer decken können. Hierzu wäre ein Preis von mindestens 120 Franken pro Hektoliter nötig, während sich die oberste Preisgrenze um 100 Franken bewegt. Im Moselland, das seine Erzeugnisse früher immer der deutschen Schaumweinindustrie zugeführt hatte, wurde der Wein in letzter Zeit noch zu dem Preise von 12 Franken das Hektoliter verkauft. Daß diese Preisgestaltung den Ruin des Weinbaues herbeiführen muß, sieht heute im Elsaß jedermann ein. Die Winzer stehen heute vor der paradoxen Erscheinung, daß sie trotz der ausgezeichneten Ernte bitterer Not ausgeliefert sind. Im Jahre 1869 hat eine Umfrage im ganzen Lande den französischen Wein als den Todfeind des elsässischen Weinbaues festgestellt. Heute sind wir wieder gerade so weit. Die Konsolidation der Betriebe und die Sanierung der Preise, wie sie vor dem Kriege bestanden hatten, sind aufs schwerste erschüttert. Die Lage der Winzer ist unheilbroll. Und es gibt nur einen Grund hierzu: die unnatürlichen politischen Grenzen haben auch unnatürliche Wirtschaftsgrenzen geschaffen. Und je tiefer Deutschland in der wirtschaftlichen Not versinkt, um so tiefer werden wir im Elsaß mit ihm sinken, weil unsere Wirtschaft auf Gedeih und Verderb mit der deutschen verbunden ist.

Schon versuchen viele Winzer eine Umstellung ihrer Wirtschaft. Aber die Erfahrungen, die die letzten Jahre gebracht haben, sind nicht ermutigend. Der Gemüsebau macht eine ähnliche Krise durch wie der Weinbau. Die Hauptabsatzgebiete der Kolmarer und anderen oberelsässischen Gemüsegärtner lagen immer auf dem rechten Rheinufer und der Zugang dorthin ist versperrt. Der Getreidebau ist gerade auch in diesem Jahr jämmerlich enttäuscht worden. Der Weinbau wird kaum in nennenswerten Quantitäten abgesetzt, da die innerfranzösische und ausländische Ware besseres Mehl liefern soll. Nach Gerste war auch keine Nachfrage. Der Grund liegt in dem gesteigerten Weinkonsum, so daß die Bierbrauereien keine umfangreichen Vorräte anzulegen wagten. Die deutschen Konsumenten aber sind von unserem Markte ausgesperrt und gerade auf sie sind wir angewiesen. Auch der Kartoffelbau ist nicht ermutigend. Die in diesem Jahre geltenden Preise sind so niedrig, daß einzelne Landwirte ihre Äcker nicht abgeerntet, sondern sie um eine geringe Entschädigung Liebhabern überlassen haben, da sie bei eigener Ernte mit fremden Arbeitskräften doch nur ein Defizit erzielt hätten. Und so könnten wir, abgesehen von dem zwar einträglichen aber riskanten Tabakbau, weiter aufzählen und bei jeder Gattung feststellen, daß im französischen Elsaß nicht nur der Weinbau, sondern jede Art der Bodenbearbeitung, so wie die politische und wirtschaftliche Lage heute ist, zur vollkommenen Unfruchtbarkeit verurteilt ist. Nicht einmal die Milchwirtschaft in den Vogesen ist von der Krisis [illegible]. Auch sie leidet unter der Konkurrenz, be-